



Interviews

Datum: 7. November 2023

Christoph Heinemann im Gespräch mit Burkhard Jung, SPD, Oberbürgermeister von Leipzig.

Christoph Heinemann: Die Folgen der gestiegenen Asylantragszahlen spüren vor allem Städte und Gemeinden, die Orte, in denen Bürgerinnen und Bürger leben. Am Telefon ist jetzt Burkhard Jung (SPD), der Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Guten Morgen!

Burkhard Jung: Guten Morgen!

Heinemann: Herr Jung, mit Blick auf die Asylpolitik: Was hat das gestrige Treffen für Städte und Gemeinden gebracht?

Jung: So genau wissen wir das noch gar nicht. Was ich jetzt mitbekommen habe: Positiv ist ohne Zweifel, dass es endlich eine Kopfpauschale gibt, ein atmendes System eingeführt wird, wo man dann wirklich je nach Zuzug und Zuwanderung mit finanziellen Sicherheiten leben kann. Aber ich vermute, die 7500, auf die man sich geeinigt hat, sind deutlich zu wenig. Jedenfalls ist das nach erster Einschätzung unsere Überzeugung.

Der Punkt zwei: Die Bezahlkarte ist eine Möglichkeit, die hoffentlich zu einer unbürokratischen Lösung führen wird. Nicht, dass wir noch viel mehr zu tun haben als vorher. Und dann muss man schauen, ob sich wirklich die Regelungen niederschlagen im Hinblick auf eine geringere Zuzugssituation, Zuwanderungssituation. Das kann ich noch nicht beurteilen.

Heinemann: Die wichtigste Frage kann man nach dem Treffen noch gar nicht beantworten?

Jung: Finde ich jedenfalls. Das was ich jetzt weiß, was ich kenne – wir müssen uns das genauer anschauen. Ich sehe das noch nicht. Die Grenzkontrollen sind wichtig, sind gut. Das machen wir schon. Das scheint auch insbesondere beim kriminellen Schleusertum etwas zu bewirken. Aber alles andere ist noch sehr unklar.

Heinemann: Herr Jung, welche Botschaft geht an Bürgerinnen und Bürger aus, wenn ein lange angekündigtes Treffen zur Migrationspolitik damit endet, dass nicht einmal ein Fachmann wie Sie am Schluss sagen kann: ich weiß jetzt gar nicht was es bringt?

Jung: Dieses Gezerre ist fürchterlich zwischen Bund und Ländern. Es ist ein fürchterliches Gezerre und offensichtlich nicht in der Sache getrieben vom festen Lösungswillen. Das ist das erste, was ich sagen möchte. Und das zweite ist: Nehmen Sie das Deutschlandticket, um das es ja auch gehen sollte. Das kann doch nicht sein, dass man solche wichtigen Entscheidungen immer wieder verschiebt, jetzt aufs nächste Jahr – diese Hängepartie. Ich glaube, Menschen können erwarten, dass verantwortliche Politik sich schnell und zügig in der Sache durchaus streitet, durchaus diskutiert, aber dann zu Lösungen und klaren Botschaften kommt, und jetzt müssen wir mal gucken, ob das überhaupt der Fall ist. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Heinemann: Hätten Sie an den Gesprächen gerne teilgenommen?

Jung: Ich finde das zwingend. Wir fordern das schon so lange. Ich weiß, die Länder vertreten uns, aber am Ende sind wir als Kommunen, als Städte, als Gemeinden vor Ort in der Situation, die Asylverfahren durchzuführen, die Integrationsleistungen zu organisieren, die sozialpsychologischen Hilfen zu organisieren, die Unterkünfte zu stellen. Das heißt, wir gehören an den Tisch! Ich werde nicht müde, das zu fordern, ja.

Heinemann: Sie sind ja Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Inwiefern sind alle Städte und Gemeinden überlastet?

Jung: Das kann man so sagen. Um das mal ein bisschen salopp zu sagen: Wir gehen alle auf dem Zahnfleisch, weil die Unterkünfte nicht da sind, weil wir nicht mehr wissen, wohin. Die finanzielle Situation ist das eine. Das andere ist wirklich, dass wir ein Unterkunftsproblem und ein Integrationsproblem haben, zu wenig Schulplätze, zu wenig Kitaplätze, Überlastung der Unterkunftssituation, vor Ort die Menschen, die es nicht mehr verstehen, die sich wehren, damit eine Politikverdrossenheit, Demokratieskepsis organisieren. Das ist schon insofern umso wichtiger, klare, einfache Botschaften.

Heinemann: Wenn Sie sagen, alle, wirklich alle seien überlastet, wie wirken sich diese Überlastungen für Bürgerinnen und Bürger aus?

Jung: Am meisten belastet sind die großen Städte. In den ländlichen Regionen gibt es noch Unterkünfte. Da wollen aber teilweise die Asylsuchenden nicht hin. Wie wirkt sich das aus? –

Ich glaube, in einer fehlenden Akzeptanz vor Ort. Das ist, glaube ich, das größte Problem, dass die Menschen sich auf die Hinterbeine stellen, sich querlegen in den kleinen Gemeinden. Das ist deutlich zu spüren, und zwar nicht nur im Osten Deutschlands; in ganz Deutschland gibt es eine Gegenbewegung wegen dieser Asylfrage, und dabei gab es eine Grundakzeptanz in diesem Land, dass man Menschen in Not helfen muss, und die schwindet, die schwindet.

Heinemann: gibt es Einschränkungen kommunaler Leistungen wegen des hohen Unterbringungsbedarfs? Kann man das so klar sagen?

Jung: Da wäre ich vorsichtig. Wenn eine Turnhalle belegt werden muss, ist das eine fürchterliche Situation. Dann fällt der Schulsport aus, der Vereinssport fällt aus. Das ist hier und da der Fall. Aber ansonsten, glaube ich, versuchen alle vor Ort, möglichst das öffentliche Leben so aufrecht zu erhalten, dass es nicht zu Einschränkungen kommt. Aber das ist im Einzelfall nicht auszuschließen. Wenn ich Ihnen als Beispiel sage: Bei uns in Leipzig sind knapp tausend Menschen in Zelten und das ist eine Situation, die natürlich vor Ort Unruhe bringt, die Sorgen mit sich bringt, wo man sagt, wie kann man das überhaupt integrativ schaffen, wie kann man den Menschen helfen. Die Hilfsorganisationen, die vielen, vielen zivilgesellschaftlichen Helferinnen und Helfer, die da sind, die fühlen sich ein Stück weit im Stich gelassen. Das ist das Thema.

Heinemann: Herr Jung, im kommenden Jahr wird bei Ihnen in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Welche Folgen erwarten Sie, wenn die Politik die irreguläre Migration bis dahin nicht in den Griff bekommen hätte?

Jung: Ich befürchte, dass wir weiter Zulauf haben nach Rechtsaußen und zur AfD. Das ist der Punkt. Insofern muss dieser Staat Handlungsfähigkeit zeigen. Ich hoffe – ich werde mir die Ergebnisse jetzt genau angucken, die Punkte – ich hoffe, dass es dazu dient, dass wir insgesamt das System dämpfen und eine Begrenzung hinkriegen. Ansonsten lachen sich die von rechts ins Fäustchen.

Heinemann: Wenn Sie, Stand jetzt, 6:56 Uhr, sagen könnten, erstens, zweitens, drittens, das muss jetzt geschehen, was würden Sie auflisten? – Erstens und zweitens reicht.

Jung: Erstens würde ich sagen, der Arbeitsmarkt. Wir müssen so schnell wie möglich Schutzsuchende in Arbeit bringen. Das geht mir viel zu langsam, das ist viel zu bürokratisch.

Das heißt, sofortige Möglichkeit der Arbeitsaufnahme halte ich für ein ganz zentrales Gebot, weil die auch fehlen, die Arbeitskräfte, weil man dort vor Ort am besten integrativ agieren kann.

Zweitens: Wir müssen klar und deutlich ein System schaffen, dass uns nur die wirklich mit Bleiberechtperspektive versehenen Menschen, dass wir die vor Ort vermitteln. Das heißt, der Bund und das Land müssten Erstaufnahmekapazitäten schaffen, um dort schon zu klären, ob jemand eine Bleibeperspektive hat. Ich hoffe, dass das ein wesentlicher Ansatz ist in den Punkten, die gestern verabredet worden sind. Wenn wir die beiden Punkte hinkriegen, Arbeit, und klar und deutlich Menschen ohne Bleibeperspektive wieder zurückzuschicken, dann hätten wir was gekonnt.

Heinemann: Herr Jung, schauen wir noch zum Schluss auf das Deutschlandticket. Die langfristige Finanzierung, wenn ich das richtig verstanden habe, wurde vertagt. Ist das Ticket aus Ihrer Sicht dauerhaft gesichert?

Jung: Nein, eben nicht. Ich verstehe das einfach nicht mehr. Man handelt sich jetzt wieder bis zum Frühjahr 2024 und das ist doch eine Lachnummer. Entschuldigung! Wir müssen doch Klarheit haben im System. Der Bund führt mit den Ländern ein Deutschlandticket ein und kriegt es nicht hin, in diesem Jahr die dauerhafte Finanzierung zu klären? Man kann den Menschen doch nicht sagen: Ätsch, wir wissen es noch nicht, gucken wir mal. Ich finde das schon eine peinliche Nummer, muss ich sagen. Jetzt werden wir getröstet auf Anfang nächstes Jahr. Ich hoffe nur, dass wir es dann hinkriegen. Aber das ist nicht zu vermitteln, finde ich.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.